

STELLUNGNAHME

Zu den Ergebnissen der Koalitionsverhandlungen von CDU/CSU und SPD

Der Bundesverband der Dolmetscher und Übersetzer e.V. (BDÜ) hat die aktuelle Entwurfsfassung des Koalitionsvertrags (Stand 07.02.2018, 11:45 Uhr) im Hinblick auf für unsere Berufe relevante Aspekte analysiert und mit den Positionen des Verbandes abgeglichen. Wir bewerten einzelne darin enthaltene Aussagen wie folgt:

IV. Offensive für Bildung, Forschung und Digitalisierung

5. Digitalisierung – Gute digitale Arbeit 4.0

„Das Statusfeststellungsverfahren für Selbstständige wollen wir vereinfachen und zwischen den unterschiedlichen Zweigen der Sozialversicherung widerspruchsfrei ausgestalten.“

Auch wenn Dolmetscher und Übersetzer bislang in deutlich geringerem Maße von der Problematik einer möglichen Scheinselbstständigkeit betroffen waren als beispielsweise selbstständige Berater in der IT-Branche, begrüßen wir die Absicht der Großen Koalition, hier Rechtssicherheit zu schaffen. Auf der Grundlage unserer Erfahrung mit der letzten „Reform“ in dieser Hinsicht (Neufassung § 611a BGB) werden wir die konkrete Ausgestaltung aber im Detail beobachten und bei Bedarf entsprechend reagieren.

VII. Soziale Sicherheit gerecht und verlässlich gestalten

1. Rente

„Um den sozialen Schutz von Selbstständigen zu verbessern, wollen wir eine gründerfreundlich ausgestaltete Altersvorsorgepflicht für alle Selbstständigen einführen, die nicht bereits anderweitig obligatorisch (z. B. in berufsständischen Versorgungswerken) abgesichert sind. Grundsätzlich sollen Selbstständige zwischen der gesetzlichen Rentenversicherung und – als Opt-out-Lösung – anderen geeigneten insolvenzsicheren Vorsorgearten wählen können. Wobei diese insolvenz- und pfändungssicher sein und in der Regel zu einer Rente oberhalb des Grundsicherungsniveaus führen müssen.“

Die geplante Regelung entspricht weitgehend unserer [Positionierung](#). Auf dieser Basis führen wir mit unseren bisherigen politischen Partnern und möglichen neuen sozialpolitischen Entscheidungsträgern weiter das Gespräch und verfolgen unsere Ziele. Darüber hinaus arbeiten wir aktiv an einem Angebot, mit dem die Mitglieder des BDÜ kostengünstig mögliche gesetzliche Verpflichtungen erfüllen können.

„Zudem werden wir die Mindestkrankenversicherungsbeiträge für kleine Selbstständige reduzieren. Die Renten- und Krankenversicherungsbeiträge sollen gründerfreundlich ausgestaltet werden.“

4. Gesundheit und Pflege – Finanzierung

„Um kleine Selbständige zu entlasten, werden wir die Bemessungsgrundlage für die Mindestkrankenversicherungsbeiträge von heute 2 283,75 Euro auf 1 150 Euro nahezu halbieren.“

Dies sehen wir klar als Erfolg der gemeinsam mit VGSD und BDD unternommenen Aktionen inklusive der Beauftragung einer wissenschaftlichen Studie und einer Online-Petition! Auch hier gilt es, auf die Details der Umsetzung zu achten. Wir werden daher auch in Zukunft – gemeinsam mit unserem Politikberater Dr. Hubert Koch – aktiv im Gespräch mit politischen Entscheidungsträgern bleiben. Mit sozialpolitischen Ansprechpartnern von SPD und CDU sind wir bereits seit dem letzten Jahr im regelmäßigen direkten Kontakt.

X. Ein handlungsfähiger und starker Staat für eine freie Gesellschaft

1. Pakt für den Rechtsstaat - Verfahrensrecht

„Wir führen gesetzliche bundeseinheitliche Qualitätsstandards für Gerichtsdolmetscherinnen und -dolmetscher ein.“

Dies begrüßen wir sehr! Auch hier zeigt sich die Wirkung unserer nachhaltigen Aktivitäten und Kontakte zu politischen Entscheidungsträgern im Bund und einigen Bundesländern. Die konkrete Umsetzung im Gesetzgebungsverfahren werden wir kritisch und konstruktiv begleiten.

André Lindemann
für den Bundesvorstand des BDÜ

Berlin, Februar 2018